



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN KENIA

W. Lucin'

CH	2RGEHND				c/o
Datum	9.4	19.4	25		
Von	<i>[Handwritten signature]</i>				
	9. April 1974				
	<i>p.B. 58.71.-Océan Indien</i>				

W. Lucin'

NAIROBI, den 3. April 1974

P.O. Box 20008 (CARGEN HOUSE)

Tel. 28735

Ref.: 381.0.- Pi/do

ad p.B.58.71

"L'océan indien, zone
d'affrontement?" aus
der Sicht von Nairobi

An den Vorsteher des
Eidg. Politischen Departementes

3003 B e r n

Von den 5 Ländern, in denen ich akkreditiert bin, sind 4 (Uganda, Rwanda, Burundi, Malawi) ohne Zugang zum Indischen Ozean, obwohl sie wirtschaftlich nach ihm orientiert sind. Dies erklärt bereits zu einem guten Teil, weshalb die Entwicklungen im Indischen Ozean nur einen beschränkten Wiederhall in ihrer Aussenpolitik finden. Letzteres trifft jedoch auch für Kenia zu, vielleicht weil der herrschende Stamm der Kikuyu sein Machtzentrum im Innern des Landes hat und es ihm an einer inneren Beziehung zum Meer fehlt. Ganz allgemein zeigt die Geschichte Schwarzafrikas, dass der Afrikaner nicht die Weite der Meere suchte und in ihnen nicht Möglichkeiten der Entfaltung sah. Vielmehr wurde der Kontakt mit anderen Kontinenten von letzteren erstellt. Auch heute noch, nach Erlangung der Unabhängigkeit der meisten afrikanischen Länder, ist Afrika die eher passive Landmasse, die von den Wellen der Weltpolitik umspült wird.

Die Unabhängigkeit und damit das Selbstvertrauen, Selbstbewusstsein, Selbstverständnis, sind noch so neu - was sind schon zehn Jahre in historischer Hinsicht - und die Probleme innenpolitischer und wirtschaftlicher Natur so dringend, dass der Afrikaner noch kaum dazu gekommen ist, sich eigene Gedanken über weltweite Politik zu machen. Lediglich der Gedanke der afrikanischen Einheit hat, mehr emotionell als rational, eingeschlagen und hat eine Tendenz ausgelöst, die zweifellos eine Zukunft hat. Im übrigen sind die aussenpolitischen Bestrebungen auf zweierlei gerichtet:

- auf Verstärkung der Unabhängigkeit durch eine Politik der Blockfreiheit, durch Abbau des Einflusses der ehemaligen Kolonialmacht, durch Afrikanisierung der Wirtschaft;
- auf eine grössere Beteiligung an den Reichtümern dieser Welt durch Entwicklungshilfe und bessere Auswertung des eigenen wirtschaftlichen Potentials in Zusammenarbeit mit Ländern, die gleichlaufende Interessen haben.

Für die Politik der Grossmächte hat man in Afrika wenig Verständnis, gibt sich auch gar nicht die Mühe, sie zu verstehen. Man ist misstrauisch gegenüber ihnen, glaubt ihren schönen Wortennicht. Es ist dies die natürliche Reaktion des Schwachen gegenüber dem Starken, des Armen gegenüber dem Reichen. Dabei sind die westlichen Grossmächte gegenüber den östlichen (Sowjetunion, China) im Nachteil, weil die Kolonialerfahrung nachwirkt. Die Briten sind die Imperialisten per definitionem, die Ausbeuter. Aber man kennt sie, sie sind einem vertraut, sie halten sich an gewisse, ungeschriebene Spielregeln und man hat trotz bitterer Erfahrungen einen gewissen Respekt vor ihnen. Man kann beliebig auf sie einhauen, sie sind immer da, unerschütterlich. Von den westlichen Nationen ist noch Portugal klar definiert als Imperialist. Ueber die anderen macht man sich kein klares Bild. Sie sind nicht gerade Engländer, aber so ungefähr etwas ähnliches. Das gilt auch für die USA. Das wichtigste Element in der Beurteilung der westlichen Welt ist, dass sie am anderen Ende des Seilziehens um die Entwicklungshilfe stehen. Man muss sich gut mit ihnen stellen, wenn man mehr von ihnen erhalten will, aber man steht in verschiedenen Lagern.

Gegenüber der UdSSR und ihren Satelliten, sowie gegenüber China (Beziehungen schon seit langem nur mit der Volksrepublik) verhält sich Kenia reserviert, nachdem sich diese Länder Mitte der sechziger Jahre durch Unterstützung der Opposition in die internen Verhältnisse des Landes eingemischt haben. Die Beziehungen sind korrekt, aber nicht mehr.

China hat noch immer nur einen Geschäftsträger in Nairobi. Die DDR hat bisher keine diplomatischen Beziehungen mit Kenia anknüpfen können oder wollen, im Gegensatz zu Uganda. Mit Misstrauen verfolgt Kenia die sowjetische Unterstützung in Somalia, das Gebietsansprüche an Kenia hat, die allerdings im Moment zurückgestellt sind (die Auseinandersetzung mit Aethiopien hat Priorität und mehr Aussicht auf Erfolg). Und ebenso dürfte es nicht eitel Freude daran haben, dass die UdSSR den waffenfreudigen Auftrumpfer Amin, der über die Landesgrenzen hinaus populär ist und eine Rolle als afrikanischer Führer spielen möchte, reichlich mit dem Gewünschten versorgt. China bemüht sich, das Image des harmlosen, hilfsbereiten, friedliebenden, keine eigenen Vorteile suchenden, verständnisvollen Freundes aufzubauen, und es könnte damit langfristig einen gewissen Erfolg haben. Japan dagegen hat bis jetzt kaum politische Ambitionen in Afrika gezeigt, wohl aber etliche wirtschaftliche. Die Haltung zu den Ländern des indischen Subkontinents ist vor allem dadurch bestimmt, dass die Einwanderer von dorthier sich eine in afrikanischen Augen unerwünschte Macht in der Wirtschaft des Landes geschafft haben.

Auf diesem Hintergrund der Sympathien und Antipathien gegenüber den Mächten, die im Indischen Ozean ein Wort zu sagen haben, steht nun der Kampf um Beseitigung der letzten Kolonien, der portugiesischen, und der weissen Minderheitsregime im südlichen Afrika. Was ich in meinem P.B. Nr. 3 vom 5.4.1972 dazu sagte, gilt noch immer. Der Afrikaner, der sonst kaum über seinen Stamm und seine eben erst gewordene Nation hinaussieht, ist hier engagiert. Es ist ein Leichtes, die Leidenschaften wach zu halten, denn man hat es selber noch unter der Haut, was es bedeutet, unfrei zu sein und frei zu werden. Das unabhängige Schwarzafrika will die Befreiung der Schwarzen in Australafrika, mit friedlichen Mitteln wenn möglich, mit Gewalt wenn nötig; mit oder ohne Hilfe von aussen; möglichst bald, doch ist man auch auf einen langen Kampf

eingestellt. In den weissen Regimes in Australafrika sieht man Privilegierte, die ihren Reichtum für sich behalten wollen, sieht man Rassisten. Ihr Widerstand gegen gleiche politische Rechte für alle fördert den schwarzen Rassismus. Die Europäer (Ausdruck für die Weissen) bleiben die Feinde, solange nicht Schwarzafrika bis an die Südspitze des Kontinents befreit ist. Insofern ihre Präsenz im Indischen Ozean den Widerstand der weissen Minderheitsregime in Australafrika verstärkt, ist sie unerwünscht. Umgekehrt ist die Präsenz jener Mächte im Indischen Ozean erwünscht, welche die Befreiungsbewegung unterstützen.

An diesem Bild gilt es aber zweierlei Korrekturen anzubringen:

- Das nationale Interesse geht einer bedingungslosen Unterstützung der Befreiungsbewegungen vor. Das tatsächliche Engagement ist deshalb, im Gegensatz zum rhetorischen, limitiert. Andererseits wäre es ein Fehler, daraus abzuleiten, dass der "Kampf" nicht über blossе Worte hinausgeht, oder dass man die Afrikaner "kaufen" könne, von ihrem Anliegen abzulassen.
- Es wird anerkannt, dass es unter den Weissen Befürworter schwarzer Mehrheitsregime in Australafrika gibt. Diese verhindern, jedenfalls unter den gemässigten Schwarzen, dass die Weissen in Bausch und Bogen verurteilt werden. Man schöpft daraus auch die Hoffnung auf einen Wandel in der Haltung der weissen Nationen im Sinne einer Unterstützung der Befreiungsbewegung. Auch die finanzielle Hilfe an die Befreiungsbewegungen durch verschiedene europäische Regierungen, wie vor allem durch die skandinavischen und die niederländische, führt zu einer nuancierteren Beurteilung der weissen Nationen im allgemeinen.

Von den übrigen Konflikten an den Rändern des Indischen Ozeans interessiert höchstens noch der Nahostkonflikt, aber auch da ist das innere Engagement gering. Die Unterstützung der arabischen Sache gegen Israel hat vor allem zwei

Gründe: einmal die Erwartung, dass die Araber ihrerseits die schwarzafrikanischen Anliegen in Südafrika unterstützen, und sodann die Hoffnung, die Erdöl produzierenden Staaten würden Afrika dieses zu Vorzugspreisen liefern. Beide Anliegen gingen bis jetzt nicht in Erfüllung, aber die Bemühungen gehen weiter.

Die kenianische Kriegsflotte ist mit ihren 4 kleinen Einheiten ohne jede Bedeutung. Sie kann höchstens Küstenbewachungsfunktionen ausüben. Wie die Armee und die Luftwaffe, ist auch die Flotte nach britischem Muster und mit britischer Unterstützung aufgebaut worden. Sie hatte bis vor ca. einem Jahr noch einen britischen Kommandanten. Die Beziehungen zu den Briten sind auf militärischem Gebiet freundschaftlich. Kriegsschiffe aller Nationen können im Hafen von Mombasa anlegen, aber es ist interessant, dass z.B. die Mannschaften amerikanischer Kriegsschiffe an Land gehen können, diejenigen sowjetischer dagegen nicht.

Von der Schaffung einer Zone des Friedens im Indischen Ozean wird hier in befürwortendem Sinne gesprochen. Es ist dies aber kaum ein primäres Anliegen Kenias, denn es fühlt sich durch die Rivalitäten der Grossmächte nicht direkt berührt. Kenia wird in den Chorus der Befürworter einer Friedenszone einstimmen, ist aber realistisch genug, um zu wissen, dass deren Verwirklichung weniger vom Wunsch der Angrenzestaaten als von den Interessen der Grossmächte abhängt. Der hiesige amerikanische Botschafter sagte mir, auch die USA seien für eine Friedenszone, aber man könne den Russen nicht trauen. Obwohl man hier auch den Amerikanern nicht ganz traut, wird man dieser Beurteilung der Russen zustimmen.

Zuletzt noch ein Wort zu den Seychellen. Ich weiss nicht, wie weit die Entwicklung in dieser britischen Besitzung, die unter weitgehender lokaler Selbstverwaltung steht, von unserer Botschaft in London verfolgt werden kann. Ich stelle indessen fest, dass zahlreiche Fäden von Nairobi nach den Seychellen laufen und dass Premierminister Manchham häufig hier

zu sehen ist. Er hat bis vor kurzem temperamentvoll erklärt, sein Land suche die Unabhängigkeit nicht, es sei unter britischer Herrschaft wohl und würde sich bei Unabhängigkeit vor zahlreiche Schwierigkeiten gestellt sehen. Er wurde aber von der Opposition für diese Haltung scharf angegriffen. Die OAU hat sich hinter die Oppositionspartei gestellt und sie als Befreiungsbewegung anerkannt. Damit wurde es der Regierungspartei doch ein wenig ungemütlich und sie hat ihre Haltung geändert: auch in ihrem Programm steht nun die Forderung nach Unabhängigkeit. Sollte sie die bevorstehenden Wahlen gewinnen, was angenommen wird, so wird sie konkrete Schritte in Richtung Unabhängigkeit unternehmen müssen, obwohl die Inselgruppe auch in Zukunft weitgehend auf enge Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich angewiesen ist. Gerade bei ihrer zunehmenden strategischen Bedeutung infolge der Rivalitäten der Grossmächte fühlen sich die Seychellen am sichersten, wenn sie weiterhin den britischen Schutz genießen. Andererseits wird Grossbritannien wohl nicht mehr dasselbe Interesse an den Seychellen aufbringen, wenn diese einmal in die Unabhängigkeit entlassen sind.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

R. Pestalozzi
(Pestalozzi)